

Dresdner Journal.

Verantwortlicher Redacteur: J. G. Hartmann.

Abonnementspreise: Jahrbuch: 5 Thlr. 10 Ngr. in Sachsen...

Verantwortlicher Redacteur: J. G. Hartmann. Königl. Expedition des Dresdner Journals...

Ämtlicher Theil.

Dresden, 14. Mai. Se. Königl. Majestät haben dem Pfarrer zu Buchsbaum, M. Georg Adolph Seidel...

Nichtamtlicher Theil.

Uebersicht.

Telegraphische Nachrichten. Zeitungschau. (Presse.) - Neue Preussische Zeitung. - Schlesische Zeitung.

Erneuungen und Verletzungen u. Dresdner Nachrichten. Provinzialnachrichten. (Beilage. 266a.)

Telegraphische Nachrichten.

Triest, Montag, 20. Mai, Mittags. Der Kaiser und die Kaiserin reisen heute Abend 10 Uhr nach Wien zurück.

Paris, Dienstag, 21. Mai. Der heutige "Moniteur" sagt: Die italienischen Journale enthielten einen Brief des Kaisers an den Prinzen Murat.

London, Montag, 20. Mai, Vormittags. Nach hier eingetroffenen Berichten aus New-York vom 7. d. M. hat Präsident Lincoln die Sendung von Truppen und Waffen nach Washington gefordert.

St. Petersburg, Montag, 20. Mai, Abends. Nachdem die Schifffahrt eröffnet worden, hat die

Reise sich unerwartet mit starkem Regen bedeckt. Es sind viele Schiffe beschädigt worden und viele Getreidebänke gesunken.

Von der polnischen Grenze, Montag, 20. Mai. Wird amtlich gemeldet, daß die Entwürfe zu den Reformgesetzen für das Königreich Polen vollendet sind.

Dresden, 21. Mai.

Die Wiener Blätter greifen heilig den Deutschen Adressentwurf an. Die "Presse" sagt: "Es ist ein Protest nicht nur gegen die Geburtenvermehrung, sondern auch gegen das Octoberdiplom, und seine Annahme ohne einen Bruch mit den vor wenig Tagen erst in so feierlicher Weise vom Throne herab beschriebenen Reichsgesetzen, ja selbst ohne förmlichen Staatsrechtlich nicht denkbar."

Die "Neue Preussische Zeitung" schreibt über Deak's Adressentwurf: "Es werden in Kürze gefügt, folgende Forderungen gestellt: Wofür Personalunion mit den erblichen Provinzen, ein verantwortliches Ministerium für Ungarn, vollständige Herstellung der 1848er Verfassung, unbedingte Einberufung der Reichsversammlung zum Landtag, keine Beschuldigung des Wiener Reichsraths, Sicherung der jetzigen Steuererhebung, Annulirung aller Verfügungen der österreichischen Regierung seit 1848 - 1849 - Rückberufung der Emigration - auch Rückberufung - und Zurückkehr ihrer Güter - ist größtentheils schon geschehen - nachmalige Abdankung Ferdinand's V. und Franz Karl's, speciell in Bezug auf die Krone Ungarns."

geben, er hat die Forderungen klar formulirt, die in der That als ein Ultimatum an die Regierung des Kaiserthums aufzutreten und als solches in Pariser Blättern auch ausdrücklich bezeichnet werden. Die Form des Reichsraths ist bestehend, glänzend; die Sprache und der Vortrag staatsmännisch, würdig, gemüthlich; der Inhalt möglich, die Forderung ausweichend. Das Programm ist eine Kriegserklärung gegen Oesterreich. Deak's staatsrechtliche und historische Deductionen bieten viele Hüfen und sind blühend; eine Berücksichtigung, die nicht auf sich warten lassen, läßt sich natürlich nicht in wenigen Worten geben. Allein wenn man darauf verzichtet, Deak auf seinem eignen Boden zu bekämpfen, so lassen sich vor der Hand seinen Argumenten folgende allgemeine Gegenstände entgegenstellen: 1) Die 1848er Concessionen des Königs Ferdinand V. sind rechtsunfähig; 2) neben den ungarischen Forderungen ist die Forderung eines Staates Oesterreich unmöglich; 3) die alte ungarische Constitution ist durch die Revolution der Jahre 1848 und 1849 und durch den in Debrezin gefassten Landtagsbeschluss vom 14. April 1849, welcher die Habsburger für ewig des Thrones veräußert erklärte, verurtheilt; es stand im Belieben des folgenden Oesterreich, was es davon ausrecht erhalten wollte, was nicht; 4) durch das Patent vom 20. October v. J. ist diese Constitution nur theilweise wieder hergestellt; die Ungarn konnten nicht mehr annehmen, als ihnen geboten war. Indem sie die Zugeständnisse des Patentes sich nutzbar machten, acceptirten sie zugleich dessen Bedingungen und Beschränkungen. Sie wüßten das Patent, aus dem sie für sich Rechte ableiten, auch gegen sich gelten lassen."

Die "Schlesische Zeitung" erörtert denselben Gegenstand u. A. wie folgt: "Die Grenze zwischen der Partei Deak und dem Programm Deak's ist sehr scharf vorhanden, aber in der Hauptsache wird auch das Deak'sche Programm, wenn es mehr als eine Rede zur Wahrung des Standpunktes sein soll, auf dieselben praktischen Resultate hinauslaufen; es wird zu dem aus- und drängen, entweder die alte, leibliche Personalunion anzuerkennen und wieder herzustellen, oder den haben, an welchem noch Ungarn mit der übrigen Monarchie zusammenhängt, zu zerreißen. Deak vertritt, daß Ungarn nach Anerkennung seines Rechtes bereit sein werde, noch weit mehr zu thun, als was es gesetzlich verpflichtet ist, und giebt die vollkommen verständliche Andeutung, daß diese Bereitwilligkeit sich insbesondere auf die finanzielle Frage erstrecken soll. Es liegt ziemlich klar auf der Hand, daß es sich zwischen Deak und Deak weniger um das Princip, als um die Consequenzen gehandelt hat. Deak wollte genau das Beste, aber um dann mit Ungarn seinen Weg zu gehen, während Deak sich mit dem Princip begnügt und nach der Anerkennung desselben ein für die andere Hälfte des Reiches hilfreich und zuvorkommendes Ungarn in Aussicht stellt. Wir glauben nicht, daß sich das kaiserliche Ministerium in der Lage befinden wird, auf dieses Programm mit dem ungarischen Landtage zu verhandeln, noch auch, daß der Kaiser nach dem in Bezug auf seine ältliche Monarchie gefassten Schritt es unternehmen kann, abermals Concessionen an Ungarn zu machen, will er nicht das auf legalen Wege zu Stande bringende, was ein großer Theil der Ungarn auch auf illegalem Wege erreichen will - die Abtrennung Ungarns vom Kaiserthum. Trotzdem sind wir doch der Ansicht, daß, so streng das Deak'sche Programm auch erscheint, nicht alle Handhaben an denselben fehlen, um dem österreichischen Reichsrath als Sammelbegriff der Monarchie dieselbe der Leibe zu geben, eine Einwirkung auf den ungarischen Landtag möglich zu machen. Beide Theile der Monarchie werden sich sehr principiell entgegen treten und auf Vereinbarung hinarbeiten können, ohne daß die Minister oder der Kaiser in die Lage kommen, die Initiative und damit auch die möglicher Weise verfehlten Diskussion der Entscheidung auf sich zu nehmen. In jedem Falle hat die Deak'sche Rede die Dinge weiter gebracht, weil sie das Verhältniß, in welchem sie sich befinden, oder in welchem sie glücklich verlaufen worden sind, klar und bis auf den Boden durchsichtig dargestellt hat."

Tagesgeschichte.

Dresden, 21. Mai. Am 18. Mai früh 7 Uhr verließ nach einem kurzen, schmerzhaften Kranklager - wie bereits kurz gemeldet - der Königl. Leibarzt geh. Medicinalrath Dr. Friedrich August v. Ammon, Gemthor II. Klasse des Königl. sächsischen Verdienstordens, in noch nicht vollendetem 62. Lebensjahre. Die der Verlust dieses Mannes in dem weitesten Kreise als ein beklagenswerther und schwer zu ersehender empfunden wird, so wird derselbe auch ganz besonders von der gesammten hohen Königl. Familie, welcher der Verlebte über 24 Jahre seine Dienste als Leibarzt mit der hingebendsten Treue gewidmet hat, tief betrauert. Was er in dieser Stellung gewirkt hat, wird stets in dankbarem Herzen bemerkt werden.

Dresden, 21. Mai. Ihre Kaiserl. Hoheit die Frau Prinzessin Peter von Oldenburg ist in Begleitung Höflicher Kinder, der Prinzen Alexander, Georg und Konstantin und der Prinzessinnen Katharine und Theresie von Oldenburg von St. Petersburg über Berlin hier eingetroffen und im "Hotel de Saxe" abgetreten.

Dresden, 21. Mai. In der letzten Nummer unsern Blattes sind in dem Referat über die Sitzung der Zweiten Kammer vom 17. Mai (Berathung des Antrags auf Schaffung einer deutschen Centralbank) in der Rede des Herrn Staatsministers Freiherrn v. Beust durch ein bedauerliches Versehen des Monteur ein pages beim Umbrechen des Satzes mehrere Abschnitte verfehlt und dadurch der Sinn derselben gestört worden. Wir geben deshalb in der heutigen Beilage einen nach den stenographischen Niederschriften berichtigten Abdruck dieser Rede.

Triest, 18. Mai. (W. J.) Heute Morgen 7 Uhr fuhr Se. Maj. der Kaiser auf der Fahrt "Fantaasi" in Begleitung von fünf Leuchtdampfern mit zahlreichen Officieren Ihrer Maj. der Kaiserin entgegen. Gegen 8 Uhr ließen die Dampfer "Victoria und Albert" und "Deborne" im Hafen von Pirano ein. Sämmtliche Schiffe begleiteten Ihre Majestäten nach Miramare. Morgen wird Se. Majestät die öffentlichen Kasernen Triests besuchen. Abends findet eine Serenade des Schillerorchesters in Miramare statt.

Wien, 18. Mai. (W. B.) Im Unterhause eröfnete heute bei der Discussion über Deak's Propositionen Leopold W. die Folgen des 12jährigen Systems für die Beschaffenheit der Wälder, er führt eine Anzahl von Axiomen zum Beweis dessen an, daß Ungarn verarmt sei; hätte die Regierung von 1849 an eine die Wälder beruhigende Politik verfolgt, so hätten jährlich 160 Millionen für den Staatshaushalt genügt; die Erhaltung des Systems erforderte ein Superplus von 880 Millionen, welche unfruchtbar und gegen das Interesse des Landes verwendet wurden; 1500 Millionen Schulden, Verkauf von Staatseigentum in Summa 2 1/2 Milliarden beträgt die Zahl (7), die beweise, wie Oesterreich früher regiert wurde. Die Politik der Gewalt kann nimmer auf Ungarn nicht angewendet werden, dagegen sei Regelung dieser Zustände notwendig, und das Land wird genügt sein, in Fragen der Zoll- und Finanzgesetzgebung sich mit dem österreichischen Reichstage in Einvernehmen zu setzen. (Beifall.) Silagi's Bericht hält eine lange Rede gegen die Adresse, erhebt wegen der russischen Intervention Vorwürfe und erklärt eine Vermittelung für unmöglich. - Silagi's fast zweistündige Rede, welche die extremsten Ansichten vertritt und unter Anderem die Behauptung aufstellt: gegen die Finanzabteilung Oesterreichs gebe es kein Heil, nur die Auflösung des Reiches, wurde von Seiten der Ungelehrten und Langweiligen begleitet. - Paul Somogyi's glänzende und wirksame Rede geht hauptsächlich vom Standpunkte der Legitimität aus; der Redner spricht energisch sein Verdammungsurtheil darüber aus, daß die Monarchie das Princip der Legitimität - ihre einzige Grundlage - aufgab. Die Verhandlungen des Landtages constituiren die Einigkeit der Nation, das einmüthige Festhalten an den Gesetzen vom Jahre 1848, daher der Regierung nur die Wahl bleibe, sich auf den Boden der 1848er Gesetz-

Feuilleton.

A. Hoftheater. Sonabend den 18. Mai trat Fräulein Emma La Orna in Mozart's Meisterwerk "Don Juan" als Donna Anna auf und bewährte ihre hohe Künstlerkraft als Sängerin und Darstellerin an diesem idealen Gebilde des Genies in der Malerei tragischer Leidenschaft. Adel der Seele, innige Empfindung und hohe Energie des Affects charakterisiren diese Partie vom ersten Auftreten an, und die Durchführung hielt in jeder Einzelheit jene einheitliche und intensive Durchdringung des Ausdrucks, jenen edeln musikalischen Styl des Vortrags und jene Würde des Wesens fest, wozu nur eine seltene Meisterkraft im dramatischen Gesange und Spiele fähig kann. Diese offenbar Fräulein La Orna in außerordentlicher Weise im Duett mit Octavio, in der zweiten Scene mit dem großen Recitativo und in der folgenden Rede-Acte, von welcher der weitere Gang der Tragödie abhängt. Donna Anna bekräftigt darin die Grenzen jener verborgenen Macht, welche die Sinesel des Orates erweist und die Meister selbst zur Rede austritt, mit innerlichstem Gelübde sich selbst als Opfer dafür einsetzend. Die Transposition dieser Art kann nicht verwirren, bis eine wünschenswerthe Vertiefung unserer Orchestersinnung es wieder möglich macht, die furchtbaren Wechselungsformen derselben, auch im Tone wie sie gezeichnet wurden, mit der erforderlichen Energie und Steigerung erklingen zu lassen. In wahrer künstlerischer Schönheit wirkte der Vortrag der Bräutigam; Bekräftigung der Stimmung, milde Umkleidung des Tones und musterhafte Beherrschung der Technik waren darin zu einer ergreifenden harmonischen Gesamtheit verschmolzen. Es ist aus dieser Rede - ganz abgesehen vom Texte - ein höchster Ausdruck der Resignation eines lebensmüden Opfers, sie ist wie

ein erhabenes Lebensgefühl und Leben, ein Aufschwung nach oben, wo die Seele Ruhe finden wird.

Welchen Genuss müßte es geben, dies Werk Mozart's einmal mit einer ähnlich begeisterten Befassung aller Rollen zu hören. Die Bühnen der Gegenwart verzichten darauf mit einer Bescheidenheit, der man weniger gute Motive wünschete. Die in Rede stehende Aufführung der Oper war, hauptsächlich auch durch Abwesenheit einiger Gesangskräfte, weit mangelhafter, als gewöhnlich. Herr Richter, der als Don Juan gastirte, wurde durch plötzliche Heiserkeit in seiner Leistung ungemein behindert. Aber sehr gern jede Rücksicht hierauf zugegeben, so erwies doch seine Behandlung des Gesanges und Spiels, daß er in jeder Hinsicht zu der Ausführung dieser Mozart'schen Schöpfung, dieses dämonischen Deros der Sinnlichkeit, noch durchaus keine genügende Vorbildung hat und die Auffassung dieser Partie verflüchtiger außer seinen Kräften liegt. In diesem Falle befand sich auch Fräulein Valdamaus, der die Donna Elvira zugehört war, und sie möge sich durch den Beifall des Publicums in ihrer eignen Ueberzeugung hierin nicht betriren lassen. Die Angewöhnung eines unreinen und schneidenden Tones und eines auffälligen Mangels in der nothwendigsten Schattirung des Vortrags sowie der musikalischen Phrasierung und Sclerung - auch im Ensemble - erfordert die fleißigsten Studien und Ausübung kleiner, leichter bekehrten Partien. Die löblichen Kräfte und Schwächen der übrigen Mitwirkenden sind genugsam bekannt. G. Vand.

Montag, 20. Mai, beschäftigte Fräulein Janauschek auch als "Maria Stuart" das schon angeführte Urtheil, daß sie zu den Künstlerinnen ersten Ranges gehöre; jenseit durch die Einfachheit und Natürlichkeit in der Verwendung ihrer Mittel, als durch die

Classicität des Ausdrucks in Sprache, Betonung u. Gebärden und in der Plastik ihrer Bewegungen. Sie erschien nachher als Königin, und der Schmerz wirkte um so ergreifender, als sich die Bekanntheit um die gefüllte Größe sich zeigte. Trotz einer starken Indisposition der Stimme gab sich in dem Tone derselben ein so tief empfundenes Seelenleiden kund, daß es mit sympathischer Gewalt die Hörer ergriffte. Außerordentlich gelang die Vorgezungenzene mit der Elisabeth, und in dem letzten Abschiedsacte, der so oft durch eine tränkende Sentimentalität verderben wird, rührte die verhaltene Trauer durch ihre Mäßigkeit um so mehr. Das Publicum zeichnete die leider schon wieder scheidende Künstlerin durch allgemeinen, oft wiederholten und lang anhaltenden Beifall aus. B.

Z. Stenographie. Die in der letzten erweiterten Sitzung des I. stenographischen Instituts vom Vorstehenden, geh. Regierungsrath Hölze, gegebene Uebersicht über die, die Stenographie betreffenden Mittheilungen der Provinzialpresse gab einen recht schlagenden Beweis dafür, wie fleißig und erfolgreich namentlich die oberläufigen Stenographenvereine durch die Localblätter zu Gunsten der Sabelberger'schen Kunst auf die öffentliche Meinung einzuwirken suchen. Aus Weimar waren erstreckte Nachrichten über den dortigen Verein eingelaufen, der über 70 erdenkliche Mitglieder zählt, von welchen einige bereits die Feuertprobe der Praxis insofern glücklich bestanden haben, als sie die Verhandlungen des jüngeren Gewerbevereins und der Generalversammlung der Haagerischen Stenographenvereine in der That zur Zufriedenheit der Auftraggeber wörtlich führten. In Jura wurden die Verhandlungen des Landtages vom Professor Ros und Studiosus Zemacll aus Regau stenographisch aufgenommen. Dr. Zeitig berichtete über die

norddeutschen Blätter für Stenographie und machte dabei das Programm der vom Centralvereine zu Oldenburg nach Bremen berufenen allgemeinen Versammlung der norddeutschen Stenographen bekannt, über die wir seiner Zeit einen kurzen Bericht zu geben nicht verfehlen werden. Schließlich wurden, nachdem noch Herr Wagner über einige Nummern des Organs für den stenographischen Verein für Mecklenburg referirt und Prof. Hölze einige Notizen über die Landtagsstenographen zu Innsbruck und Wien gegeben, einige innere Angelegenheiten betreffende Beschlüsse gefaßt.

Literatur. Bis zum Abgrund. Roman von Adolph Stern. Zwei Theile. Leipzig, Fein. Hahn. 1861. - So viel uns bekannt, hat Ad. Stern, der bereits als epischer Dichter rühmlich bekannt ist, mit dem vorgenannten Buche zum ersten Male das Gebiet des Romans betreten, und die vorliegende Erzählung giebt Zeugnis, daß der freudige Verfasser auch für diese Form poetischer Darstellung ein entschieden ausgeprochenes Talent besitzt. Der Roman spielt in der modernen Gesellschaft und vorzugsweise in künstlerischen Kreisen. Der Held, ein junger Gelehrter namens Max Steino, dessen Leben sich stolz zu dem Höchsten wenden wollte, kommt beim Carrièremachen in Gefahr, seinem besten Selbst untreu zu werden. Das ist der Abgrund, vor welchem Steino zurückweicht, um schließlich aus Kampfen und Wirren glücklich und gereift hervorzugehen; Verlaß des Scheins führt ihn zum Bewein des Wirklichen. "Es ist ein Rollen in dieser Zeit", läßt der Verfasser seinen Helden sagen, als derselbe in Wirklichkeit einmal an einem Abgrunde steht, "tausend edle Kräfte haben den Menschen, aber ohne Weisheit und Zusammenhalt. Hierhin, dorthin treibt uns das Leben, am Ende finden wir uns alle am Abgrunde. Was schießt ich auch

zu stellen oder Gewaltmaßregeln zu ergreifen. Eine vernünftige Entscheidung sei dringend, jeder Tag erhöhe die Verwirrung, vermehre die Schwierigkeiten. Hinsichtlich des Concurrenzgesetzes, das die Selbstständigkeit ungeachtet in Ungarn; für Krantien, führt der Redner fort, werden wir in unserer Verfassung ein unbeschriebenes Blatt sein. Vom Zwange könne heutzutage Nationen gegenüber keine Rede sein. Welt lenke das Leben der Völker; wer von heute auf morgen Constitutionen improvisieren, Völker schafften will, verflüchtige sich gegen Gott. (Der Erfolg der Rede war ein sehr großer.)

— (Fr.) Kuffchen erregt in der Stadt die Insubordination eines sächsischen Trabanten gegen den Criminalrichter Bayer, welcher dem Trabanten das Rauchen und Trinken vor dem Untersuchungsstube verboten und von demselben mit gestültem Bajonnet in seine Kammer gejagt wurde; hätten die Trabanten ihren Kameraden nicht abgemerkt, so würde der Kantele den Criminalrichter überliefert haben. Leider wurde bei Affentzung unter Polizeiführern nicht genügend auf eine solche Verhütung gesehen.

— Ein Wiener Telegramm des „Siegens“ meldet, daß der vor einigen Wochen in Pest genommene ehemalige Generalmajor Wobisch durch königliche Entschädigung vom letzten Tage beurlaubt worden sei.

**Agam, 18. Mai. (W. 3.)** In der heutigen Landtagssitzung wurde das Protokoll der letzten Sitzung, dann die Sectionsgutachten über das k. k. Reichsgesetz wegen Vertretung der Militärgränze und über Wirtshausbesitz des Hofkriegsraths bezüglich Sengs und Dolmetschens verlesen, letzteres zum Druck gegeben und seiner zeitigen Verhandlung. Es wurde eine Repräsentation an Sr. Majestät wegen Annäherung der wegen politischer Anklagen Inhaftirten Dalmatiner beschloffen.

**Naab. (Ost. P.)** Authentische Details der Vorbereitungen des 72. Regiments (d. d. Reiterei am 15. Mai 1861, Nr. 131), welcher wie folgt lautet: „Das Ansehen des ersten Compagniecommandos hat sich am 12. d. M. Abend ein mit Säbeln, Pistolen und Gewehren bewaffneter Posten in der befestigten Stärke von 1000 Mann dem Stadthaus in Naab unter unheimlichen Andeutungen in der Nacht genähert, die dort kürzlich inhaftirten vier Deserteure gefangen zu nehmen. Nachdem die Wache, bestehend aus Führer Rüblich, 1 Gefreiten und 10 Gemeinen, die Aufsicht dieser Abtheilung zu versehen pflichtgemäß befehligt war, fing der Posten jählich an zu schreien, und die Wache zu beschließen und zu schreien, außerhalb des Stadthaus unter den Fenstern standen die Gemeinen Simel und Kozja als Wache, welche wurden von mehreren hundert Civilisten überfallen und ausgefordert, ihre Waffen abzugeben. Da sie jedoch als brave Soldaten dieses nicht thaten, wurden sie angegriffen, worauf Beide ihre Gewehre absetzten und drei der Angreifer zu Boden stredten. Hierauf erhielt Gemeiner Simel einen Stein auf den Kopf, so daß er bestimmungslos zusammenfiel, und als er wieder aufstand, verfiel man ihm noch einige Dinte auf den Kopf und auf die Arme. Mit 10 Kopf und 2 Armbanden schwer verletzt wurde derselbe ins Spital gebracht. Dem Gemeinen Kozja, an Arme verwundet und entwaffnet, gelang es, sich den weiteren Verfolgungen der Volksmassen zu entziehen. Der mittlerweile zur Dinte erblindeten ersten Compagnie ist es unter Commando des Herrn Hauptmanns Strohal in Vereine mit der ausgerückten Cavallerie nach einem tapferen Angriff gelungen, die Volksmassen zu zerstreuen, das Stadthauslocal zu besetzen und die Ruhe wieder herzustellen.“

**Berlin, 20. Mai.** Nach dem Wunsch der Regierung soll der Schluss der Landtagssitzung bereits am 31. d. M. erfolgen, doch wird dies nach dem Stande der Arbeiten nicht möglich sein. Das Abgeordnetenhaus hat noch die Gänge der Ministerien des Innern, der Marine und des Kriegs, sowie 10 wichtige Gesetzentwürfe (darunter Handelsrecht und Einfuhrungsgesetz) zu erledigen, abgesehen von etwa 20 Anträgen aus dem Schoße des Hauses, deren Mehrzahl unerledigt bleiben wird. Das Herrenhaus hat noch 10 Entwürfe zu beraten, so daß der Schluss frühestens am 4. oder 8. Juni erfolgen möchte; dieweil erfolgt, so weil bis jetzt festgesetzt ist, durch Sr. Maj. den König in Person. — Das Abgeordnetenhaus wird noch in dieser Woche den Etat des Ministeriums des Innern erledigen. Die Verwalter Polizeiverwaltung und die Frage wegen der Einzelhaft werden die hervorragenden Punkte der Debatte bilden. In letzterer Beziehung geht die Ansicht der Regierung, welche von dem bekannten Oberconsulrat Dr. Wöhler im Plenum vertreten werden wird, dahin, daß die Einzelhaft eine administrative Maßregel sei, während die Commission und die Reichstag die Hausarrest auf eine legislative Regelung der Angelegenheit beziehen. — Die letzte Polizeiverwaltung hat in der vergangenen Woche wiederholt den Gegenstand lebhafter Erörterungen die Zeit. In uns liegt das Verdröben. Wir sind nicht und schuldig und müßten gern unser eignes Gend auf fremde Schultern legen.“ — Dieses Gend was zugleich zur nähern Erläuterung des Titels dienen. Zur Beschleunigung des Herrn'schen Romans darf ferner gesagt werden, daß derselbe nicht nur einen ephemerischen Grundgedanken enthält und bei seiner Lebens- und Menschenkenntniß eine wohlgegangene Charakteristik der vorgeführten Personen giebt, sondern auch sauber und elegant geschrieben ist und das Interesse des Lesers bis zum Schluß noch zu erhalten weiß.

**Theater.** Die „W. 3.“ vom 16. Mai meldet: Im Hofopentheater rückt gefiern das musikalische Publicum wieder bei der Darstellung des „Königreichs“ die Musik, welche dem deutschen Componisten Richard Wagner in Paris widmefahren ist. Herr Wagner wurde mit vielfachen Ovationen ausgezeichnet. Nach dem Vorspiele, wie auch nach den bedeutendsten Stellen der Oper erkante händlicher Beifall; nach jedem Acte wurde Herr Wagner wiederholt mit den Sängern gerufen und am Schluß der Vorstellung sprach er folgende Worte: „Ich habe heute zum ersten Male mein Werk gehört, ausgeführt von einem Künstlerkreise, dem ich keinen zweiten an die Seite setzen kann, von einem Publicum mit so schmerzlichen Beweisen der Aufmerksamkeit aufgenommen, daß ich durch den mir zu Theil gewordenen Beifall fast eine Last auf meinem Herzen fühle. Dies Alles hat mich so tief bewegt, daß ich fast nicht weiß, was ich Ihnen sagen soll. Eine solche Zeit ist Ihre Anerkennung jedenfalls für mich, die mich erhebt und aufmuntert, in meiner Kunst fortzuschreiten. Ich bitte Sie, mich hierin zu unterstützen, indem Sie mit Ihre Kunst bezeugen!“

im Ministerialrathe gebildet, welchen auch der Kronprinz beizohnete. Es steht fest, daß man eine vollständige Umgestaltung vornehmen wird. Der Antrag ist bereits damit gemacht worden, daß die Innenministerien des Polizeipräsidenten v. Sedlitz bei Sr. Maj. dem Könige nachfallen und dessen bildliche Verträge durch den Minister des Innern an dem Monarchen gelangen. Man erwartet über diese Angelegenheit Erörterungen bei der betreffenden Debatte im Abgeordnetenhaus.

**München, 17. Mai. (W. 3.)** Die von dem Mitgliedsrathe der Rheinprovinz vorgelegte, vertheidigt der Reichstag unterzeichnete Uebereinkunft soll, wie ich vernähme, bis zum 1. August ins Leben treten. Die man vernimmt, ist die Ermächtigung der Rheinprovinz in dem etwa gleichen Maßstabe zu Stande gebracht worden, wie sie bei der Rheinprovinz bei den Karlsruher Conferenzen erlangt wurde, so daß die bisherige volle Gebühr wie auf dem Rhein so auch auf dem Main in dem bisherigen Betrage von 6/4 R. für den Centner ganz hinwegrät, beziehungsweise mit der 1/2-Gebühr von bisher 6/4 Pf. verschmolzen, aber auch diese auf 5 Pf. pro Centner ermäßigt wird, und auch die 1/2-Gebühr die Abhebung auf 1 Pf. erhöht. Was aber insbesondere den bayerischen Mainflüssen zur großen Befriedigung gereichen und in der That für sie von hohem Werthe sein wird, ist eine gleichfalls erhaltene nicht unbedeutende Ermächtigung der Recognitionengebühren aus dem Rheine, obwohl auf dem Rheine dieselben unverändert geblieben sind. Weiter vernimmt man auch, daß auch einzelne Artikel nach dem Vorgange auf dem Rheine aus der höhern Gebührentafel in die niedere, beziehungsweise in die freiliche versetzt werden. — Die Vermählung des Grafen v. Traut mit der Herzogin Mathilde in Bayern ist auf den 6. Juni festgesetzt. Dem darauf folgenden Tag werden Ihre königliche Hoheit unsere Hauptstadt verlassen, um über Marseille und Civita-Vecchia nach Rom zu reisen. König Franz und seine Gemahlin werden in Civita-Vecchia das hohe Brautpaar erwarten, um dann gemeinschaftlich mit denselben nach Rom und Milano zurückzukehren.

**(W. 3.)** Der Justizminister Herr v. Mülzer hat bei der schon erwähnten Annahme-Diskussion gestern einen nicht unbedeutenden Sieg im Abgeordnetenhaus errungen. 28 Mitglieder des Abgeordnetenhauses hatten den Antrag auf Erlass einer unbedingten Amnestie gestellt. Aber schon am 22. December 1849 wurde ein Amnestiegesetz erlassen, durch welches 8—9000 am pfälzischen Aufstand beteiligte Personen von strafgerichtlicher Verfolgung frei wurden. Von den 328 durch den Specialgerichtshof und von dem Appellgericht verurtheilten Militär- und Civilpersonen befindet sich keine mehr in Strafhaft; ein Theil (121) hat die Strafe erlassen, die übrigen (207) wurden durch Nachlaß des Strafrestes frei. Es befindet sich aber noch 83 Civil- und 16 Militärpersonen, welche in contumaciam zur Todes- und Zuchthausstrafe verurtheilt wurden, auf sächsigem Fuß in Amerika, England, Frankreich, Italien, der Schweiz u. s. w. Für sie wurde nun gestern unbedingte freie Rückkehr verlangt, während das Ministerium auf seiner 1859 schon gestellten Bedingung beharrt, daß jeder der Rückgehenden, welcher Nachlaß seiner Strafe wünsche, ein Bürgersuch an das Staatsoberhaupt zu richten habe. Es soll keines derselben, ohne Ausnahme der Person, abschlägig beschieden, sondern ohne Weiteres genehmigt werden. Alle Forderungen, die sich an die Regierung gemeldet (seit zwei Jahren erst neun!), seien unbedingt demnachst zu erfüllen. Leicht könnte eine allgemeine Amnestie von Einzelnen zurückgewiesen werden; solchen Zurückweisungen kann und darf sich aber die Staatsregierung nicht aussetzen. Die Hauptredner gegen den Antrag waren Herr v. Lichtenfeld und der zweite Vicepräsident Dr. Weis. „Wirde, Vernehmung, Bergessen — äußerte der Letzte — das sind dankbare Themas, aber es giebt auch Zeiten, wo man darauf verzichten muß, und Umstände, unter denen man daran nicht denken kann. Wir leben jetzt wieder in einer Zeit, wo die Regierungen, wenn auch nicht ganz, doch so ziemlich frei vorgehen, wo Jeder Patriot ist, der mit freudiger Hand sich gegen die gesetzliche Ordnung erhebt. — In einer Zeit, wo der Hochverräter sich der Sympathien von halb Europa erfreut. Das sind, meiner Ansicht nach, gerade nicht Gründe, um abermählig Rücksicht da zu haben, wo es sich von politischen Bedenken handelt. Es ist bekannt, daß in London, Paris und Italien sich förmliche Fabriken befinden, wo der Hochverräter zu Kaufstücken zubereitet wird, wo mit dem Gelde unserer Erbfeinde verhandelt wird, bezahlt, ausgetauscht und über ganz Europa ausgehandelt werden.“ Dr. Weis erklärte, daß er auch dem Antrage, der wenigstens für die in contumaciam Verurtheilten allgemeine Amnestie verlangt, nicht beitreten könne. Er wolle nur eine der Kategorien nennen, bei welcher er eine Amnestie für staatsgefährlich halte, nämlich Diebstahler, welche im Jahre 1849 sich durchs aus nicht bekehrten, das deutsche Reich zu reorganisieren, wie

**Kas München, 17. Mai,** wird der „W. 3.“ berichtet: Der gestrige Tag wird Epoche machen in der Geschichte unserer weltberühmten Kunst. Ergiebigkeit. Zum ersten Male seit ihrem Bestehen ist darin der Fall vorgekommen, daß drei Statuen auf einmal aus der feurigen Fluth erstanden sind. Es wurden nämlich geschaffen: das Standbild Schelling's, welches König Max dem großen deutschen Philosophen, seinem ehemaligen Lehrer, zu Ehren in der neuen Maximilianstraße aufstellen läßt; dann die erste Statue zum König-Ludwig-Denkmal — die Kunst — und endlich das Standbild des bismarckischen Bischofs Parubitz, welches für Prag bestimmt ist. Auch München wird sein Schillerdenkmal haben. Der edle Wägenau deutscher Kunst, König Ludwig, läßt, wie ich aus verlässlicher Quelle erfahre, jetzt auch eine Schillerstatue für München in Erz aufzuführen.

Die britische Regierung hat dem Parlamente eine Bill zum Schutze des Eigenthums und Verlagsrechtes aller in den Bereich der schönen Künste gehörigen Gegenstände vorgelegt. Diefem Gesetzesentwurf zufolge sind Gemälde, Statuen u. d. d. abgethaten Eigenthum der betreffenden Künstler auf Lebenszeit und ihrer Hinterbliebenen 30 Jahre nach dem Tode der betreffenden Künstler, das heißt, sie allein haben das Recht der Copirung und Veröffentlichung ihrer Werke. Ein Gleiches gilt von Bauplänen oder Art, so lange sie nicht zur Ausführung gelangt sind. Kunstwerke des Auslandes genießen denselben Schutz, wie englische, doch muß hier wie dort der Name des Künstlers auf dem betreffenden Kunstwerke deutlich bezeichnet sein. Auf die Fälschung von Künstlernamen sind besondere Strafen gesetzt. Die Einfuhr von Nachdruck künstlicher Productionen ist absolut verboten.

man sich vorher ausgedrückt hätte, sondern welche damals dem Reichstag vorgelegt waren, die Pöhl und mit ihr das Rhein- ufer dem Reichsland zu veranlassen. Es seien auch solche unter denen, die in contumaciam verurtheilt sind, und diesen Amnestie zu gewähren, sei ihm doch etwas zu geneigt. Dr. Edel wollte wenigstens „Erklärung des Amnestiegesetzes vom 22. December 1849“, aber kein bismarckischer Antrag, dem sich sowohl der Ausschuß, als alle Mitglieder, welche für unbedingte Vergnügung gesprochen hatten, angeschlossen, sei bei der Abstimmung gleichfalls durch. Dadurch wurde der Gegenstand befristet und die Mehrheit der Kammer erklärte sich somit überzengt, daß der von dem Ministerium eingenommene Standpunkt der richtige sei.

**Kassel, 18. Mai. (Fr. 3.)** Laut einem Ausschreiben des Ministeriums des Innern vom 16. Mai sind beide Kammern der Landstände auf den 6. Juni d. J. einzuberufen.

**Freiburg, 15. Mai. (Fr. 3.)** In der heutigen Nachmittagssitzung des deutschen Handeltages wurde die Reform des Zollvereins besprochen und nach einer Debatte, in welcher fast keine sachlichen Bedenken vorgebracht wurden, folgender einstimmig angenommen:

„Der allgemeine deutsche Handeltag erklärt: 1) Der fernere Bestand und die weitere Ausdehnung des deutschen Zollvereins ist für deutsche Interessen von der größten Bedeutung. 2) Der Beitritt derjenigen deutschen Staaten, welche dem Zollverein noch nicht beigetreten sind, ist zu erwünschen. 3) Derselben kann durch die Beitritt derjenigen Staaten, welche sich nach den in beiden Zollvereinen bestehenden Verbrauchsteuern und Finanzgesetzen zu verhalten sind, einzufließen. 4) Es ist hinsichtlich dahin zu wirken, daß in geeigneter Zeit eine vollständige Harmonisierung zwischen dem Zollverein und dem übrigen deutschen Staat eintritt. 5) Es ist auf die Beförderung der Handelsbeziehungen zwischen dem Zollverein und dem übrigen deutschen Staat zu wirken, die in geeigneter Zeit eine vollständige Harmonisierung zwischen dem Zollverein und dem übrigen deutschen Staat eintritt. 6) Um den ferneren Bestand des Zollvereins zu sichern und denselben den ausgedehnten Interessen entgegen zu führen, ist eine vereinbarte Organisation desselben notwendig. 7) Da dem Ende wird die Erneuerung der Zollvereinsverträge durch Verhandlungen zu suchen sein, daß die Beförderung des Zollvereins der Betreibung der vereinigten Regierungen einest — und der der Betreibung der Vereinigten Regierungen andererseits — gemeinschaftlich überlassen werde, dergestalt, daß die übernehmenden, durch Majorität der Stimmen, die in der Entscheidung als entgeltliche Dienste im ganzen Zollgebiete einzuführen sind. 7) Bei der Zusammenkunft dieser beiden Regierungen wird auf die Beförderung der Vereinigten Regierungen Rücksicht zu nehmen sein.“

**Koburg, 19. Mai.** Nach einer, dem neuesten Regierungsblatt beizulegenden Bekanntmachung der Herren Dr. Baldamus und Dr. Blasius, d. d. Obermainburg und Braunshweig den 15. Mai d. J., ist „unvorhergesehener Umstände wegen“ die diesjährige nach Koburg ausgerichtete XIV. Versammlung der deutschen Ornithologen-gesellschaft bis auf Weiteres verschoben worden. — In der gestrigen Sitzung des Landtags des hiesigen Herzogthums ist das Gesetz über die Contingenz eines Anlehens von 700,000 fl. angenommen worden.

**Altenburg, 21. Mai.** Uebereinstimmend mit den Nachrichten, welche in längerer Zeit aus Weimar und Rubezahl eine beträchtliche Verminderung der Staatsschuld gemeldet haben, kann auch für das Herzogthum Altenburg eine gleich erfreuliche Nachricht gegeben werden. Abgesehen von der im Etat mit jährlich 1 Prozent vorgezeichneten regelmäßigen Amortisation und einer auf dem vorigen Landtage verwilligten außerordentlichen Einzahlung von 10,000 Thlr. sind in den beiden Jahren 1859 und 1860 von den vorhandenen Ueberflüssen der Finanzhauptkasse noch 148,642 Thlr. außerordentlich zur Schuldentilgung verwendet worden. Durch diese bedeutende Schuldentilgung ist der am Schluß der vorigen Finanzperiode im Jahre 1858 sich noch auf 1,580,904 Thlr. belaufende Gesamtbeitrag der Domainen- und Landeshauptkasse jetzt auf 1,390,351 Thlr. herabgefallen. Rechnet man dazu, daß neben dieser Schuldentilgung im Betrage von 190,563 Thlr. in gleicher Zeit noch 27,151 Thlr. auf Abzahlung fiskalischer Lasten verwendet worden sind, so ergibt sich in dieser kurzen Frist eine Verbesserung des Passivstatus von 217,704 Thlr. In gleichzeitiger Weise stellen sich auch bei der in den landständlichen Mittheilungen jetzt veröffentlichten Zusammenfassung in derselben Frist die Veränderungen im Activum dar. Derselbe nämlich der Activum stand sich um 128,504 Thlr. infolge Veräußerung von Grundstücken um 19,027 Thlr., durch Zurechnung ausgetauschter Activkapitalien um 45,437 Thlr. minderte, ward diese Verminderung doch dadurch, daß unter Anderem für 152,260 Thlr. neue Capitalien ausgetauscht wurden, bis auf nur 22,902 Thlr. herabgefallen, so daß mit Hinzurechnung der Verbesserung des Passivstatus immer noch sich eine Verbesserung des Gesamtvermögens um 194,801 Thlr. herausstellt.

**Frankfurt, 18. Mai. (Fr. 3.)** Heute starb hier ein Mitglied des ältesten Frankfurter Geschlechtes, der seit 600 Jahren hier einheimischen altadeligen Familie v. Holzhausen, der würdige Geh. Rath Herr Johann Adolph v. Holzhausen, Bundesdeputationsrath bei Neuh-Alten und jüngere Linie, Lippe, Waldeck und Hessen-Darmstadt, im 62. Jahre seines Alters.

**Frankfurt, 18. Mai.** Ueber die Bundestagssitzung vom 16. Mai liegt folgende offizielle Mittheilung vor: Von Seiten Oesterreichs wurde bezüglich des von dem k. preussischen Gesandten am 2. d. M. eingebrachten Antrags in Betreff der Revision der Bundeskriegsverfassung eine Erklärung abgegeben, in welcher die kaiserl. Regierung sich über ihre Stellung zu diesem Antrage mit Beziehung auf die in Berlin gefolgten Verhandlungen ausspricht. Diese Erklärung wird an den Ausschuss für Militärangelegenheiten gemittelt. — Sachsen-Koburg-Gotha brachte den Wunsch zur Sprache, daß der Antrag vom Großherzogthum Hessen auf Interpretation des das Vereinbarkeiten betreffenden Bundesbeschlusses vom 13. Juli 1854 in seiner Anwendung auf den sogenannten Nationalverein einer Entscheidung entgegengeführt werde. Großherzogthum Hessen äußerte zumeist denselben Wunsch und beide Verfassungen wurden an den politischen Ausschuss verwiesen. — Auf Antrag des Militär-Ausschusses wurde wegen Unterbringung von 2300000 Geschütze in den Bundesbeschlüssen Anordnung getroffen, die Heranziehung eines Schießplatzes in Landau genehmigt und die Dotation der Bundesfestung Luxemburg für das Jahr 1861 festgesetzt. Auch wurde Handelssteuern für nachgewiesenen Verlust bei einer Provisionierung ausnahmsweise im Gnademaße eine Entschädigung bewilligt.

**Paris, 19. Mai.** Der „Moniteur“ veröffentlicht heute ein Rundschreiben, welches der Minister des Innern, E. de Persigny, unter dem 13. d. Mts. an alle Präfekten erlassen hat, worin es heißt:

Die gerichtliche Verfolgung einer Verurtheilten des letzten Jahres hat eine Frage angeregt, auf die ich Ihnen schon früher antwortet habe. Man hat sich gefragt, ob verurtheilte oder contumaciam gewiesene, folglich außerhalb des gemeinen Rechts stehende, jedem Rechtspruch entzogene Personen in Frankreich die Berechtigung, etwas zu veröffentlichen, genießen, und sich damit im Druck zu betheiligen können. In der That, um die sich handelt, lag ein so ausgeprägter Angriff auf andere Staatsbürger, eine so offensichtliche Verletzung von Recht und Gerechtigkeit, die Regierung vor, daß der letztverurtheilte Bürger der Verurtheilten, die aufzuführende Schrift zu veröffentlichen, von der Natur der Sache geboten war, und einmal in Anspruch genommen, mußte das Recht seinen Lauf haben. Aber Sie finden, die Präfekt, die Schwierigkeiten solcher Verfolgungen. Einzelne kann der Verurtheilte durch Veröffentlichung mehrer Aufsätze von Comparaten mit größter Leichtigkeit betheiligen und Schandungen gegen Personen und Sachen verbreiten, während andererseits er und die Verurtheilten durch die gerichtliche Verfolgung nicht gegen jede Antwort und Gegenüberstellung geschützt ist. Die Regierung kann nicht dulden, daß solche Umstände sich erneuern. Was mich betrifft, so mehr ich mich bemühe, dem freisinnigen Stande des 24. November treu zu bleiben und die Freiheit der Presse zu begünstigen, um so mehr muß es auch meine Pflicht sein, den Staat selbst gegen die Angriffe seiner Feinde zu vertheidigen. Ich fordere Sie an, auf sorgfältige alle Publicationen zu achten, welche im Namen von verurtheilten oder contumaciam gewiesenen Personen gemacht werden, sorgfältig zu überwachen. Von welcher Art diese Publicationen auch sein, unter welcher Form sie auch auftreten mögen, als Bücher, Zeitungen, Broschüren, auf der Stelle werden Sie von Verwaltungen wegen Verurtheilung zu ahnden, wie unangenehm Bericht zu erwarten und meine weiteren Willküren zu erwarten haben. Empfangen Sie u. s. w.“

Die Finanzen der Schatzkammer sind um 5 Prozent, auf 3, 3/4 und 4 Prozent herabgefallen.

**Brüssel, 18. Mai.** Die Kammer hat heute die Schiffschiffconvention, sowie den neuen Handelsvertrag mit Frankreich unverändert und einstimmig angenommen. — Nach dem Betrage des Vertrages verläßt das Haus auf unbestimmte Zeit, und kommt die Verhandlung dem Sessionsschluß gleich, der sofort nach Beendigung der Verhandlungen des in nächster Woche zusammen tretenden Senats erfolgen wird. — Die Regierung beabsichtigt, im künftigen Jahre eine landwirtschaftliche Ausstellung anzulegen.

**Turin, 18. Mai. (W. 3.)** In der Departirten-Kammer zeigte Trechi (Genetianer) an, daß er am Montags-Courant über die Neuhberg'sche Note in Betreff der Wünsche der Genetianer Interpellation und Antworten vorlegen wolle.

**Turin, 18. Mai. (Fr. 3.)** Kapla ist in Turin angekommen und nach Caperna abgereist; derselbe wird nach Turin zurückkehren, wo Rossati seinen eintritt. — Am Dienstag hat in der Departirten-Kammer einer der neapolitanischen Abgeordneten, welcher der radicalen Opposition angehört, neue Interpellationen über die Situation in Neapel angekündigt. Der Deputierte ist zwei Tage zuvor aus seinem Vaterlande zurückgekehrt und glaubt dort sehr erhebliche Dinge gesehen und danach die Ueberzeugung gefaßt zu haben, daß der Anknüpfung der italienischen Frage einzig und allein in Neapel und nicht anderswo liegt.“ Minister Mingetti hat darauf geantwortet, nächsten Montag sei er bereit, dem Interpellanten alle nöthigen Aufschlüsse zu geben. Ricciardi hat sich damit zufrieden erklärt. Da der Herzog von San Donato nach derselben Richtung hin interpellirt hat, so stehen interessante Debatten zu erwarten.

**Genoa, 17. Mai. (W. 3.)** Am 15. d. M. wurden abermals zwei Regimenter nach Unteritalien eingeschickt. — 200 fremde Soldaten, die in ihre Heimath entlassen werden, sind auf dem Dampfer „Montebello“ aus Genua vier einetroffen.

**Neapel, 16. Mai. (W. 3.)** Das Amtsblatt veröffentlicht eine Note des Cultusministers, wonach am 26. Februar eine geheime Commission ernannt wurde, um jene geistlichen Orden zu bezeichnen, welche fortzubehalten haben; nach erstattetem Berichte wird das Decret über jene Orden erlassen, welche nicht aufzuheben sind und mit dem Regulirungsvertrag bezüglich der Rückentfaltung der Genesregierung vorgelegt werden.

— In Marseille sind am 17. Mai Berichte aus Neapel vom 14. Mai eingetroffen. Diefelben lauten: Die neapolitanischen Provinzen wurden beruhigt. Um die Einziehung der Steuern zu überwachen, wurden Commiffare abgeseht. — Die ungarische Legion ist 2000 Mann stark. General Thür ließ den Obersten dieser Legion, mit Namen Sal, festnehmen. Dieser Oberst widersetzte sich der Leitung Rossati's und gefaßte die Stellen. In einem Briefe, der veröffentlicht wurde, giebt General Thür über diese Maßregel Aufklärung. Eine Turiner Correspondenz der „W. 3.“ enthält hierüber folgende Aufklärung: Ein Conflict der ungarischen Legion mit neapolitanischen Nationalisten hat hier höchst unangenehm verläuft, wie Sie sich leicht denken können, und man wird Alles aufsetzen, um den persönlichen Eindruck, den diese Nachricht hervorgerufen hat, zu vermindern und der Wiederkehr ähnlicher Kustritte vorzubeugen. General Thür ist der Mann, der am meisten geeignet ist, in dieser Sache einzugreifen, und man kann versichert sein, daß er seine ganze Energie und Popularität dafür aufbieten wird. Es heißt, die Ungarn sollten nach der Lombardie verlegt werden.

— In Rom hat die französische Botschaft die Korren mit neapolitanischem Kupfergeld, mit Franz II. Bildniß, welche sie ausgegeben hatte, nach erfolgtem Austausch von Erklärungen darüber wieder freigegeben. (Es war gemeldet worden, daß diese Bourbonnischen Kupfermünzen neu in Rom geprägt, aber falsch seien, und daß Franz II. in Betreff der mit Befehl besetzten Sendung jede Mittheilung bei dieser Sache in Abrede stelle.)

**Kopenhagen, 18. Mai. (Tel.)** Bei der gestern stattgehabten Uebereinkunft der von Reichstagsmännern ausgegangenen Adresse, welche angeblich 70,000 Unterschriften trägt, sagte der Conferenzpräsident ungefähr: Die Regierung liegt der Uebereinkunft, daß eine entliche Lösung der Streitfrage dringend notwendig sei. Eine Lösung sei nur dann möglich, wenn Dänemark eine solche selbstständige Stellung erhalte, daß der König im Stande sei, die Forderungen in Betreff Holsteins zu erfüllen, ohne die Einmischung in die Verhältnisse der übrigen Landesheile zu gestatten. Die befreundeten Mächte hätten den Dänischen Vertheilungen Schritte zur Ausdehnung Anerkennungsgelöst. Aus dem letzten Auftritte der Mächte gehe hervor, daß sie die Gefahr, die aus dem Hinsinken der Frage unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen entsteht, einsehen, und sei zu hoffen, daß sie sich den Ansichten Dänemarks anschließen werden.

**Warschau, 17. Mai.** Der Präfatur „Gaz“ läßt sich in seiner Nummer vom 14. unter Anderem Folgendes aus Warschau schreiben: Von den verheißenen haben Reformer sei nicht mehr zu hören und dieselben seien wahrscheinlich ad acta gelegt worden. Die „Warsch. Bz.“ bemerkt hierzu: „Die von Sr. Majestät allergnädigst verliehenen Reformer sind nicht ad acta gelegt worden, sondern im Gegentheil alle einleitenden Arbeiten zum Zweck der Entwicklung derselben sind bereits voll-

endet und der Geheimrath Platonoff reist heute mit den...

(S. 3.) Nach amtlicher Anzeige hat der General...

Von der polnischen Grenze, 17. Mai. (Tel.) Der Erz...

New-York, 4. Mai. (Tel.) Der sächsische Con...

Einem Briefe aus Annapolis (Maryland) zufolge...

Einem Briefe aus Annapolis (Maryland) zufolge...

Einem Briefe aus Annapolis (Maryland) zufolge...

Einem Briefe aus Annapolis (Maryland) zufolge...

Einem Briefe aus Annapolis (Maryland) zufolge...

Ernennungen, Versetzungen u. im öffentlichen Dienste.

Departement der Finanzen. Bei der Vorkontrolle ist ernannt worden:

Beim Fortwieser: Friedrich Freiherr v. Ber...

Dresdner Nachrichten vom 21. Mai.

Heute früh 8 Uhr hat das Begräbniß des ver...

Heute früh 8 Uhr hat das Begräbniß des ver...

Heute früh 8 Uhr hat das Begräbniß des ver...

Heute früh 8 Uhr hat das Begräbniß des ver...

Heute früh 8 Uhr hat das Begräbniß des ver...

Heute früh 8 Uhr hat das Begräbniß des ver...

8 Seiten haben wir hier häufiger als Pfingst...

8 Seiten haben wir hier häufiger als Pfingst...

8 Seiten haben wir hier häufiger als Pfingst...

8 Seiten haben wir hier häufiger als Pfingst...

8 Seiten haben wir hier häufiger als Pfingst...

8 Seiten haben wir hier häufiger als Pfingst...

8 Seiten haben wir hier häufiger als Pfingst...

8 Seiten haben wir hier häufiger als Pfingst...

griffen waren. Im vorigen Jahre wurden zum Pfingst...

griffen waren. Im vorigen Jahre wurden zum Pfingst...

griffen waren. Im vorigen Jahre wurden zum Pfingst...

griffen waren. Im vorigen Jahre wurden zum Pfingst...

griffen waren. Im vorigen Jahre wurden zum Pfingst...

griffen waren. Im vorigen Jahre wurden zum Pfingst...

griffen waren. Im vorigen Jahre wurden zum Pfingst...

griffen waren. Im vorigen Jahre wurden zum Pfingst...

griffen waren. Im vorigen Jahre wurden zum Pfingst...

Das Seebad Klampenborg, unweit Kopenhagen.

Dieses eben so gesund, wie anmuthig schön belegene Seebad...

Klampenborg hat seinen eigenen Badeort; die Badezeit...

Wohnungen für Einzeln oder Familien werden wöchentlich...

Klampenborg liegt nur eine Meile von der dänischen Hauptstadt...

Die Direction.

Dominal-Freiguts-Verkauf.

Ich beabsichtige mein in Linden, Kreis Briesg. l. Schl., gelegenes Gut...

Hugo Mehlhorn.

Wernicke, Geschichte der Welt.

2. Abtheilung. gr. 8. geh. 1 1/2 Thlr. erscheint feben. — Band 1-4, 173 Bogen...

Dies ausgezeichnete Werk ist besonders geeignet, die Kenntniss der geschichtlichen...

Königl. Hofbuchhandlung von Hermann Budach.

Kabinet-Pianino's, Kabinet-Flügel.

Pianosortefabrik von August Lehmann, Topfergasse Nr. 8.

Soolbad Nauheim bei Frankfurt am Main.

Die Nauheimer Soolkur ist ein sehr bedeutendes Auf erwerbendes Bad...

Die Soolkur ist ein sehr bedeutendes Auf erwerbendes Bad...

Die Soolkur ist ein sehr bedeutendes Auf erwerbendes Bad...

Eröffnung der Saison seit dem 1. April.

Nauheim ist 53 Minuten von Frankfurt durch die Main-Weber-Eisenbahn entfernt.

Das Soolbad Salzingen

im Herzogthum S. Weimaringen, eröffnet vom 15. Mai bis October...

Das Soolbad Salzingen, eröffnet vom 15. Mai bis October...

Das Polster-Meubles-Magazin

von Anton Schultz, Tapezierer, Mittel Franengasse Nr. 9.

Das Polster-Meubles-Magazin, von Anton Schultz, Tapezierer...

Photogr. Atelier von C. Hahn, Waisenhausstraße 34.

Kurfürstl. Hessische 40 Thlr.-Prämienlotterie.

Simon Meyer in Dresden, Landhausstraße Nr. 2.

Großes Lager Reiseutensilien

B.G. Volgt, Sporerstraße, Schlossstrassen-Ecke.



**Landtagsverhandlungen.**

**Zweite Kammer.**

Die Rede des Herrn Staatsministers Herrn v. Beust in der Debatte über die Deutsche Frage, welche in unserer letzten Blatte durch die Güte der Druckerei in mehreren Abschnitten entworfen worden ist, lautet nach den demnachstigen Niederschriften beinahe wie folgt: — „Ich lege gern das Wort ab, daß manche Befürchtungen, die ich an die Beachtung des vorliegenden Gegenstandes knüpfte, durch den Lauf der Debatte sehr abgeschwächt, wenn nicht ganz beseitigt wurden. Dagegen haben, welche mit Begründung die deutsche Sache und für deutsche Zukunft gebieten werden, sie ermuntern den Geist, den die Regierung vollständig zu würdigen weiß und der im Allgemeinen ihrer Auffassung entspricht. Dagegen war es mir aber nicht minder erfreulich, wenn auch einige der sehr gelehrten Redner, wie namentlich der Herr Staatsminister Herr v. Beust, die deutsche Sache in Angriff genommen haben, nicht gerade zu den leichtesten gehören. Inwiefern muß ich aber auch das dankbar anerkennen, daß im Allgemeinen die Redner sich weniger im Widerspruch auf die Begründung und in Ausstellungen ergingen an dem, was gesprochen und nicht gesprochen ist, sondern vielmehr sich bemühten, dem Landtage des Landtages an die Regierung, das Vertrauen, daß die Regierung beabsichtigt sein werde, das zu thun, was sie zu Erreichung des Zweckes beitragen könnte.“

„Gerade dieser Umstand aber macht es mir zur Pflicht, daß eine Aufgabe hier zu übernehmen, die nicht gerade zu den dankenswerthen gehört, weil sie nicht auf einer nächsten Auffassung der Verhältnisse beruht, als auf einer solchen, die mehr nach eigenem Wunsch und mehr in Uebereinstimmung mit eigenen Anschauungen sich bestimmen läßt. Ich muß in dieser Beziehung zunächst darauf hinweisen, daß wir, wenn wir einen solchen Antrag, wie er hier von der gelehrten Deputation vorgebracht wird, vorgebracht in die Hand nehmen wollen, daß nicht ganz außer Betracht lassen dürfen, wie sich denn die Verhältnisse in den andern deutschen Staaten in der letzten Zeit gestaltet haben. Man sieht jetzt leicht, daß man sich nicht immer genau über die Verhältnisse in neuerer Zeit auf mehreren Landtagen in mehreren kleineren deutschen Staaten in gleichem Maße geklärt wurden. Aber wenn ich die zwei größten deutschen Staaten, Preußen und Bayern in Rücksicht nehme, so kann es mir nicht entgehen, daß entsprechende Kundgebungen, wie diejenigen, welche heute in der hohen Kammer vorliegen, dort gerade in der letzten Zeit nicht vorzukommen. Ich lasse dabei Preußen mehr bei Seite, weil dort die Reichsversammlung erst seit kurzem tagt und sie dort mit bringendern innern Geschäften zu thun hat, als daß sie ihre Aufmerksamkeit dem allgemeinen deutschen Zustande zuwenden könnte. Inwiefern ist doch nicht außer Acht zu lassen, daß die Verhältnisse in dieser Beziehung keine Ausnahme bilden.“

„Wodurchsich Herr v. Beust, was wir in Preußen zu beobachten Gelegenheit hatten gerade in der Zeit, welche man die neue Zeit zu nennen pflegt und in welcher alle volkswirtschaftlichen Beziehungen mehr als früher zur Kundgebung und zum Ausdruck gelangten. In dieser Zeit hat der Landtag in Preußen dreimal getagt. Das erste Mal kam die deutsche Frage überhaupt gar nicht vor, es wurde nur von dem Abg. Reichsminister ein Antrag gestellt auf Verleihung eines Bundesrats, und dem hat man keine weitere Folge gegeben. Auf dem zweiten Landtage kam allerdings die Bundesratsfrage mehr zur Sprache bei Gelegenheit der sächsischen Debatte. Dabei wurde von einzelnen Rednern gesprochen von einem Zusammenschluß der Bundesratsmitglieder und von einem maßhaltigen daraus hervorgehenden

den Bundesrat, es wurde gesprochen von einem Zusammenschluß von Österreich, und ähnliche Ausfälle mehr kamen vor. Allen, ich glaube, es wird schwer sein, in den ganzen Verhandlungen etwas zu finden, was auf Verwirklichung einer deutschen Centralgewalt mit Berücksichtigung der Verhältnisse der Länder und der Länder untereinander abgesehen ist. Auf dem dritten und letzten Landtage kam ein anderer Antrag vor, und der war das Kommando des Abg. v. Staudenmann zur Adresse des Abgeordneten v. Staudenmann. In diesem war allerdings der Wunsch oder die Hoffnung ausgesprochen, daß die militärische Führung in die Hand Preußens gelegt und Preußen an die Spitze des deutschen Bundesrats gestellt werde. Eine Berücksichtigung wurde dabei nicht erwähnt, und es bemerkte dazu ein anderer Redner, dessen Name ich schon in diesem Saale genannt wurde, es wäre das auch besser, weil es bequemer sei, daß man dabei Schiffsbruch sehen könnte wie beim ersten Parlament. Bekanntlich wurde aber dieser Antrag unter Abweisung des Reichstages zurückgezogen, und endlich erfolgte eine von der Reichstagsmajorität ausgesprochene, dem jetzigen Antrag ganz entsprechende Resolution. Die Kammer erklärte sie aber durch die Rücksicht für erledigt. Mir scheint nun das nicht ganz unbedeutend, daß trotz der mehrmals geäußerten Absicht, auf diesen Gegenstand zurückzukommen, man doch es vermeiden zu haben scheint, hier der Sache auf den Grund zu gehen. Die preussische Regierung hat sich in dieser Frage zurückgehalten, was aber in den Kammeren voraussetzt von Seiten derjenigen Redner, welche die Sache in dieser Weise zurückgehalten haben, oder vielmehr immer dahin, daß Preußen an der Spitze Deutschlands stehen muß; von einer allgemeinen deutschen Bundesregierung aber nicht die Rede sein sollte, was hier nirgends die Rede, und es scheint, daß man also diese Bestimmung mehr den preussischen Kammeren überlassen wollte.“

„Der dritte Staat, den ich erwähnen habe, ist Bayern. Da wurde auf dem letzten Landtage ein ganz entsprechender Antrag gestellt, allein dieser Antrag wurde abgelehnt, und zwar auf Verlangen derjenigen Abgeordneten, die damals den populärsten Namen trug, des Abgeordneten Dr. Meiß. Ich will aus diesem Vorgange zunächst nicht etwa ablesen eine Unmöglichkeit, am gegenwärtigen Landtage dem Antrag irgend eine Folge zu geben. Allein das wird man begreifen, daß man doch dergleichen Symptome nicht ganz unberücksichtigt lassen darf, und daß diese Entscheidung wenigstens der Regierung in der Rücksicht zu Hilfe kommt, daß ein Weg gefunden werden muß, wo man hinführen darf, mehr als jetzt auf die Unterstützung des einen oder andern Theils der Regierung sich stützen zu können.“

„Abgesehen nun hiervon, so geht wohl schon aus einer Stelle des Berichtes auf Seite 41 ziemlich deutlich hervor, daß die Deputation sich Rechenschaft abgelegt hat von der Schwierigkeit der Ausführung. Sie sagt nämlich: „Die Deputation erinnert, daß diese und ähnliche Anträge schon oft in Wort und Schrift, in demogen in in ruhigen Zeiten ausgesprochen wurden, daß Programme verschiedener Art aufgestellt sind; — sie arbeitet in ihrer Gesamtheit kein einzelnes derselben; es doch vorauszusetzen, daß eine Einigung über die Anträge und Wünsche der einzelnen Parteien beruht.“ Hieraus nun scheint mir doch zu folgen, daß wenn unter diesem Programme irgend etwas gefunden hätte, welches die Deputation unbedingt hätte für gut halten müssen, nichts sie abgehalten haben könnte, gerade dieses Programm zur Begründung dieses Antrags aufzustellen. Ein anderer Redner, welcher auch beweist, wie sehr man sich wohl von den Schwierigkeiten der Aufgabe Rechenschaft ablegen, ist die etwas lange Zeitdauer, die zwischen der Einreichung des Antrags und der Verhandlung dieses Gegenstandes inwiefern, und ein Rednerempehl dürfte vielleicht nicht ganz unpassend sein, wenn es auch für den ersten Tagesbericht etwas unpassend erscheint, es ist nämlich erlaubt zu fragen: Wenn ein Antrag auf Durchführung einer Centralgewalt 6 Monate braucht, um zur Verhandlung zu gelangen, wie lange braucht die Centralgewalt selbst

um das Leben zu treten? (Gelächter.) Es hat die gelehrte Deputation dabei auf den Umstand hingewiesen, der gewiß keine vollständige Rechtfertigung hat, daß der Unfall, der den Herrn Landtagspräsidenten betroffen hat, ihn, dem gelehrten Abg. Meißel, auf längere Zeit von der Kammer entfernt hielt, inwiefern er schon lange wieder in diesem Saale anwesend, und wenn die gelehrte Deputation sich darauf bezieht, daß sie Rücksicht genommen habe auf die Berliner Verhandlungen, so ist doch Zweifel darüber erlaubt, ob mit Sicherheit vorausgesetzt werden kann, daß sie zum Ausdruck kommen würden. Sie konnten die Sache auch nach Belieben über den ganzen Landtag hinweggehen. Wenn sich diese Elemente auch nicht gehend bewegen, aber ihre ich nicht, daß es so lange dauert, davon lag wohl vorzugsweise die Ursache darin, daß man lange in Zweifel darüber war, in welcher Weise man die Sache anstellen sollte. Ich bin nun aber allerdings mit Ihnen einverstanden, welche allerdings die Regierung entschuldigen erscheinen lassen, wenn sie nicht sofort dem Antrag entspricht, ihm nicht sofortige Ausführung verspricht, ich bin weit entfernt, sage ich, damit etwas bezüglich die Ansicht ausgesprochen zu werden, daß das Besondere das Beste sei, und was sich nur gutturaler Kunde, daß so viele Schwierigkeiten im Wege liegen, daß gar keine Aenderung vorgenommen werden kann.“

„Ich war gestern in dem Saale, inwiefern der von dem gelehrten Abg. Dr. Popper einmal geäußerten Antrag mich über die rechtliche Seite des Verhältnisses der Bundesversammlung aufzuklären ein großer Verdienst wäre es über sein, vorauszusetzen, daß die sächsische Regierung mit ganz besonderer Theilnahme an diesem Institute hängt und sich keine bessere Organisation für die Verwaltung der deutschen Angelegenheiten denken kann. Es sei weit von mir entfernt, mit dieser aufwichtigen Bemerkung irgend einen der beehrten Herren zu nahe treten zu wollen. Die Mitglieder der Bundesversammlung verdienen mit Rücksicht auf die sehr begabten Arbeiten, die in den Ausschüssen zum Vortrage kommen, alle Anerkennung, und es ist nicht über Gebühr, wenn der Gedanke an ein schleppendes Verfahren in den sächsischen Thron, sondern sie bemüht sich auch, soweit in ihren Kräften steht, dahin zu wirken, daß eine andere Einrichtung getroffen werde, wobei die Bundesangelegenheiten auf sichere Weise gefördert und erledigt werden; auf eine Weise, welche die öffentliche Aufmerksamkeit, das öffentliche Interesse mehr dafür anregt. Die Regierung wünscht, daß es dabei gelingen möge, auch die Landtagsvertretung mehr mit den Bundesangelegenheiten zu betheiligen und zwar eben auf dem Wege, daß in zweifelsfreiender Weise ihnen eine Theilnahme durch Vertretung an den Bundesangelegenheiten verschafft werde. Die Regierung wünscht und sucht lediglich danach, daß eine Uebersicht über ausserordentliche Angelegenheiten geschaffen werde, die dann mit thätiger Hand der allgemeinen Angelegenheiten Deutschlands zu leiten hat. Auf höheres in dieser Beziehung eingegangen, wird man mir erlauben, ich habe schon neulich einmal der Berücksichtigung der Regierung in Bezug auf ein Bundesgesetz gedacht und hoffe, daß in Uebereinstimmung mit den letzten vorerwähnten Kundgebungen des Abg. Dr. v. Beust hier die sächsische Regierung unangenehm auf diesen Punkt der sächsischen Debatte in diesem Saale der Fall zu sein scheint.“

„Wenn man aber immer einhält, warum denn bei solchen Anlässen anerkennend die Deputation nicht mehr zu Worte kommen ist, so glaube ich, es dürfte nicht unrichtig die Sache einmal auf den Grund zu gehen und wenigstens die Ansicht der Regierung darzulegen, aus welchen hauptsächlich den Umständen die Schwierigkeiten oder vielmehr zurückgebliebenen entsprechenden Besuche bisher erfolgt ist. Was der Bericht sagt und was

durch so vielfache Kundgebungen in der heutigen Debatte ein Echo fand, daß nämlich im ganzen deutschen Volke, in allen deutschen Bundesstaaten ein Drang nach nationaler Vereinigung besteht und Befriedigung erheischt, ist vollständig begründet. Man hat nun diesen Wunsch seit zwölf Jahren, ungefähr seit dieser Zeit eine Befriedigung gefunden werden, die allerdings sich dadurch empfiehlt, daß sie sehr einfach war. Man ging davon aus, daß die Einheit am besten durch eine einheitliche Regierung erreicht sei, welche alle wieder feierliche Wahl in der Hand eines einzigen Mannes besaßen müßte. Man beachte dabei, daß es in Deutschland zwei Reichsmächte gibt, von denen die eine oder andere diese einheitliche Spitze bilden müßte, während dann die andere nothgedungen aus Deutschland auszuweichen würde, da man nicht von ihr verlangen konnte, daß sie sich der andern unterwerfe. Die in dieser Beziehung getroffene Wahl ging von dem sehr einfachen Gesichtspunkte aus, daß die eine vorzugsweise und beinahe ganz deutsch war, die andere nur zu einem geringeren Theile ihrer Befugnisse. Man beachte endlich hierbei weniger, ob die auszuwählenden Personen gewöhnlich sich damit einverstanden werthe, ganz abgesehen davon, ob es von Werthe für Deutschland sei, so kleine deutsche Länder, die in die deutsche Reichsmacht so wenig verwerthe sind, aus dem deutschen Verbände hinauszulassen, man beachte nicht, ob die übrigen Staaten alle gemindert sein würden, sich in diesem Verhältnis der Unterordnung zu begeben.“

„Das Alles hat man bei Seite gelassen, das Programm ist aber dahin gekommen, und man hat es für ungeschicklich gehalten wegen seiner, das man nicht anerkennen, unendlich einfach ist. So ist es auch zum Theile gekommen, daß gerade dieses Programm die in die deutsche Zeit in der Presse und in Vereinen vielfach den Übergewicht bekommen hat. Hieraus erweist aber freilich die große Unbeliebtheit, daß, weil die Lösung dieses Programms in seinen Konsequenzen nothwendiger Weise über den Bundesstaat zum Einzelstaate hindervoll sein müßte, der Widerstand dagegen sich unendlich stark nicht bloß von Seiten der Deutschen, sondern auch in einigen Ländern Deutschlands sehr merklich zum Vorschein der Reichsversammlung erhebt, wozu denn allerdings zum Theile ein Jahr ungeschicklicher Particularismus sich ausbildet, und das ist eigentlich der Zustand, in dem wir jetzt sich befinden, daß von der einen Seite dieses unabweislich immer wiederkehrende Programm aufgestellt wird, und dem gegenüber der unendlich sich schmerzliche Particularismus zeigt. — Soll hier Abhilfe geschaffen werden, so ist freilich zunächst erforderlich, daß eben auch andere Thesen, die sich nicht gerade streng auf dieses Programm stützen, Eingang in die öffentliche Meinung erhalten. Wenn solche Thesen, wie sie der gelehrte Abg. Reichsminister ausgesprochen, wenn solche Gedanken bereits in den Reichsversammlungen und in der unabhängigen Presse ausgesprochen wurden, würde die Folge auch die sein, daß mehr als eine Regierung sehr gern mit Vortheil heranzutreten würde, weil sie dann Aussicht hätte, etwas zu erreichen, und nicht sich mit verfluchten Propositionen mehr oder minder beschäftigen.“

„Das freilich, meine hochgelehrten Herren, muß ich wiederholen, es handelt sich hier nicht um eine langwierige Befragung für das Fortbestehen der einzelnen Regierungen, es handelt sich dabei noch weniger um eine principielle Abweisung gegen einen bestimmten deutschen Reichthum, eine solche Abweisung besteht principiell nicht, das muß ich auf das Bestimmteste erklären, allein davon werden Sie alle Regierungen der größten deutschen Staaten überzeugt haben, daß Staaten von dieser Bedeutung sehr gut fortbestehen können mit Aussicht auf Leben, wenn sie einer Bundesgewalt sich unterwerfen, an der sie den nach ihrer Bedeutung zu bemessenden Theil haben; daß aber eine Unterordnung unter einen großen Staat, dem sie dann zu geborchen hätten, allerdings ihre Existenz auf sehr gefährlichem Grunde beruht und damit der Übergang in die Unabständigkeit unvermeidlich ist. Es wird dies jetzt durch das eigentliche Interesse, durch die Lebens-

Vertical text on the left margin, likely a list of names or prices, partially cut off.

